

STATUTEN

des

Verbandes
Schweizerischer Pferdeimporteure

(genehmigt durch die Generalversammlung
vom 21. Mai 2014)

* * *

STATUTS

de

l'Association
des importateurs suisses de chevaux

(adoptés par l'assemblée générale du 21 mai 2014)

Statuten

der Genossenschaft

Verband Schweizerischer Pferdeimporteure

I. Name, Sitz und Zweck

Art. 1

Unter dem Namen

**Verband Schweizerischer Pferdeimporteure, Genossenschaft
(Association des importateurs suisses de chevaux, société coopérative)**

besteht eine auf unbestimmte Zeit eingegangene Genossenschaft mit Sitz in Muri bei Bern.

Sie bezweckt die Wahrung der wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Interessen der Mitglieder und die Förderung der Zusammenarbeit unter den Pferdehandelsfirmen in gemeinsamer Selbsthilfe. Zu den Aufgaben der Genossenschaft gehören namentlich:

- die Information der Mitglieder über alle politischen und gesetzgeberischen Entwicklungen, die für den Pferdesport und den Pferdehandel von Bedeutung sind,
- die Regelung des Pferdeimports,
- die Vertretung der Anliegen der Mitglieder gegenüber eidgenössischen und kantonalen Behörden,
- die Pflege von Kontakten zu befreundeten Organisationen,
- die Förderung des Ansehens des Berufsstandes.

Die Genossenschaft bezweckt nicht die Erzielung von Gewinnen.

II. Mitgliedschaft

a) Eintritt und Austritt

Art. 2

Mitglied des Verbandes (Genossenschafter) können nur solche Firmen oder Einzelpersonen sein, welche in der Schweiz berufsmässig den Pferdehandel betreiben, über entsprechende Stallungen verfügen und die in bürgerlichen Ehren und Rechten stehen.

Art. 3

Die Aufnahme erfolgt durch die Verwaltung auf Grund einer schriftlichen Beitrittserklärung.

Art. 4

Die Mitgliedschaft erlischt durch Austritt, Tod, Liquidation der Firma oder Ausschluss.

Art. 5

Der Austritt kann jeweils auf Ende eines Kalenderjahres durch Kündigung mittels eingeschriebenen Brief an die Verwaltung erfolgen, unter Wahrung einer Kündigungsfrist von 3 Monaten.

Art. 6

Über den Ausschluss eines Mitgliedes entscheidet die Verwaltung. Gegen einen solchen Beschluss steht dem Betroffenen das Rekursrecht an die Generalversammlung zu. Dieses ist innert 14 Tagen vom Tage der Zustellung an auszuüben.

Der Ausschluss kann von der Verwaltung aus wichtigen Gründen ausgesprochen werden. Als solche gelten insbesondere die Zuwiderhandlung gegen die Interessen des Verbandes, die Nichterfüllung der Verpflichtungen gegenüber der Genossenschaft oder der Wegfall der Voraussetzungen für die Mitgliedschaft.

Dem Ausgeschlossenen steht innerhalb drei Monaten die Anrufung des Richters offen (OR Art. 846).

Art. 7

Ausscheidende oder ausgeschlossene Mitglieder haben keinen Anspruch auf das Genossenschaftsvermögen.

Art. 8

b) Rechte und Pflichten der Mitglieder

Die Mitglieder sind verpflichtet, den Satzungen der Statuten nachzuleben und die Interessen der Genossenschaft in guten Treuen zu wahren (OR Art. 866).

Art. 9

Die Mitglieder entrichten einen jährlichen Mitgliederbeitrag.

Die Mitgliederbeiträge werden jeweils durch die Generalversammlung für das laufende Jahr bestimmt. Das Sekretariat erhebt die Mitgliederbeiträge im Lauf des ersten Halbjahres.

Neu eintretende Mitglieder entrichten ein einmaliges Eintrittsgeld, das von der Verwaltung unter Berücksichtigung des Genossenschaftsvermögens festgelegt wird.

Jede persönliche Haftbarkeit der Genossenschafter ist ausgeschlossen; für die Verbindlichkeiten der Genossenschaft haftet nur das Genossenschaftsvermögen.

III. Organisation

Art. 10

Organe des Verbandes sind:

- a) Die Generalversammlung
- b) Die Verwaltung (Vorstand)
- c) Die Revisionsstelle

a) Die Generalversammlung

Art. 11

Die ordentliche Generalversammlung findet alljährlich einmal innert sechs Monaten nach Abschluss des Geschäftsjahres.

Ausserordentliche Generalversammlungen werden von der Verwaltung in wichtigen Fällen einberufen. Auf schriftliches Verlangen von mindestens 1/10 der Mitglieder ist die Verwaltung verpflichtet, eine ausserordentliche Generalversammlung anzusetzen. Art. 881 OR bleibt ausdrücklich vorbehalten.

Art. 12

Die Einladung zur Generalversammlung folgt schriftlich unter Mitteilung der Traktanden. Bei einer Statutenrevision ist der wesentliche Inhalt der vorgeschlagenen Änderungen bekanntzugeben. Anträge aus Mitgliederkreisen, die behandelt werden sollen, müssen mindestens 3 Tage vor der Generalversammlung beim Präsidenten des Verbandes schriftlich eingereicht werden.

Die Einladung zur ordentlichen Generalversammlung muss spätestens 10 Tage vor dem Versammlungstermin der Post übergeben werden.

Art. 13

Bei Abstimmungen in der Generalversammlung hat jeder anwesende Genossenschafter eine Stimme.

Art. 14

Die Generalversammlung hat folgende unübertragbare Befugnisse:

1. Wahl der Verwaltung, der Kontrollstelle und des Verbandspräsidenten.
2. Entgegennahme des Jahresberichtes, der Jahres- und Betriebsrechnung und der Bilanz.
3. Entlastung der Verwaltung.
4. Revision der Statuten.
5. Auflösung der Genossenschaft.
6. Entscheidung über Rekurse gegen den Ausschluss eines Mitgliedes (Art. 6).
7. Beratung und Beschlussfassung über diejenigen Gegenstände, welche durch Gesetz oder Statuten der Generalversammlung vorbehalten sind und andern Fragen, welche nicht in die Zuständigkeit der Verwaltung fallen.
8. Beschlussfassung über die Verwendung des Rechnungsüberschusses.

Art. 15

Die Beschlüsse werden mit absoluter Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst.

Beschlüsse nach Ziffer 4 und 5 des Art. 14 bedürfen einer Zweidrittelsmehrheit der abgegebenen Stimmen.

Art. 888 und 889 OR bleiben ausdrücklich vorbehalten.

b) Die Verwaltung (Vorstand)

Art. 16

Die Verwaltung besteht aus 3 - 9 Mitgliedern. Ihre Amtsdauer beträgt 3 Jahre. Die einzelnen Mitglieder der Verwaltung sind nach Ablauf ihrer Amtsdauer wiederwählbar. Ergänzungswahlen für ausgeschiedene Verwaltungsmitglieder erfolgen in die laufende Amtsdauer.

Art. 17

Der Verwaltung obliegen folgende Geschäfte:

1. Vertretung der Genossenschaft nach aussen und vor Gericht.
2. Handhabung der Statuten und Verbandsbeschlüsse.
3. Einberufung der Generalversammlung und Vorbereitung der Traktanden.
4. Aufnahme und Ausschluss der Mitglieder; Festlegung des Eintrittsgeldes.
5. Aufstellung von Jahresbericht, Bilanz und Jahresrechnung.
6. Führung der Bücher und Protokolle.
7. Vermittlung in Streitfällen zwischen einzelnen Mitgliedern, wenn eines der streitenden Mitglieder seine Vermittlung nachsucht.
8. Beschlussfassung über Rechtsverbeiständung der Mitglieder auf Ansuchen und Festsetzung der eventuellen durch die Genossenschaft zu übernehmenden Kosten.

Art. 902 und ff. OR bleiben ausdrücklich vorbehalten.

Art. 18

Die Verwaltung ist einzuberufen, sobald Geschäfte vorliegen, deren Erledigung im Interesse des Verbandes erforderlich ist.

Art. 19

Die Verwaltung bestimmt die Zeichnungsberechtigung. In der Regel führen der Präsident oder Vize-Präsident mit dem Sekretär die rechtsverbindliche Unterschrift kollektiv.

Art. 20

Die Verwaltung kann einen Geschäftsleiter bestimmen, der die laufenden Geschäfte besorgt und gegenüber Dritten den Verband vertritt.

c) Revisionsstelle

Art. 21

Die ordentliche Generalversammlung wählt jeweils für die Dauer von höchstens drei Jahren einen zugelassenen Revisor (OR Art. 727c).

Mit Zustimmung sämtlicher Genossenschafter kann auf die Revision verzichtet werden, wenn die Genossenschaft nicht mehr als zehn Vollzeitstellen im Jahresdurchschnitt hat. Haben die Genossenschafter auf eine eingeschränkte Revision

verzichtet, so gilt dieser Verzicht auch für die nachfolgenden Jahre. Jeder Genossenschafter hat jedoch das Recht, spätestens zehn Tage vor der Generalversammlung eine eingeschränkte Revision zu verlangen. In diesem Fall wählt die Generalversammlung die Revisionsstelle.

Die Generalversammlung kann, auch bei Verzicht auf eine eingeschränkte Revision aus dem Kreis der Genossenschafter zwei Rechnungsprüfer wählen, die die Verbandsrechnung einsehen und der Generalversammlung Bericht erstatten. Die Rechnungsprüfer werden in der Regel auf drei Jahre gewählt. Sie können auf der Geschäftsstelle in alle Unterlagen Einsicht nehmen, soweit diese für die Durchführung der Prüfung von Bedeutung sind und nicht Tatsachen betreffen, die der Geschäftsstelle von einzelnen Genossenschaffern vertraulich mitgeteilt wurden.

Die Geschäftsstelle hat in jedem Fall das Recht, eine eingeschränkte Revision zu verlangen.

Art. 22

Die Revisionsstelle und im Falle, dass die Generalversammlung auf eine eingeschränkte Revision verzichtet hat, die Rechnungsprüfer, haben der Generalversammlung einen schriftlichen Bericht und Antrag vorzulegen. Ohne Vorlegung eines solchen Berichtes kann die Generalversammlung über die Jahresrechnung und die Bilanz nicht Beschluss fassen.

Art. 23

Der Revisionsstelle und den Rechnungsprüfern ist untersagt, von den bei der Ausführung ihres Auftrages gemachten Wahrnehmungen einzelnen Genossenschaffern oder Dritten Kenntnis zu geben.

Wahrnehmungen über allfällige Mängel in der Geschäftsführung oder die Verletzung gesetzlicher oder statutarischer Vorschriften haben sie der Generalversammlung mitzuteilen.

IV. Bekanntmachungen

Art. 24

Gesetzliches Publikationsorgan ist das Schweizerische Handelsamtsblatt.

Mitteilungen und Einladungen an die Mitglieder erfolgen schriftlich oder per E-Mail.

Die Verwaltung ist ermächtigt, weitere Publikationsorgane zu bezeichnen.

Spätestens 10 Tage vor der Generalversammlung müssen die Jahresrechnung und Betriebsrechnung, die Bilanz und der Bericht der Revisionsstelle bzw. der Rechnungsprüfer zur Einsicht der Verbandsmitglieder am Sitze des Verbandes aufgelegt werden.

V. Auflösung und Liquidation

Art. 25

Bei Auflösung des Verbandes entscheidet die Generalversammlung über die Verwendung des Vermögens. Die Verteilung unter die Genossenschaffer ist zulässig. Die Liquidation wird durch zwei von der Generalversammlung gewählte Liquidatoren besorgt.

VI. Schlussbestimmungen

Art. 26

Der Verband ist als Genossenschaft im Handelsregister des Kantons Bern eingetragen.

Art. 28

Diese Statuten treten sofort mit ihrer Genehmigung durch die Generalversammlung in Kraft. Sie ersetzen die Statuten in der Fassung vom 4. Mai 2011.

Massgebend ist der deutschsprachige Wortlaut der Statuten.

Muri bei Bern, den 21. Mai 2014

Der Präsident:

Beat Hodler

Der Vizepräsident:

Ernst Vögeli

Statuts

de la société coopérative

Association des importateurs suisses de chevaux

I. Nom, siège et but

Art. 1

Sous le nom de

Association des importateurs suisses de chevaux, société coopérative (Verband Schweizerischer Pferdeimporteure, Genossenschaft)

existe une coopérative constituée pour une durée indéterminée, avec siège à Muri près Berne.

Elle a pour but la défense des intérêts économiques et de politique économique des membres ainsi que la promotion de la collaboration entre les marchands de chevaux sous forme d'une entraide commune. Font notamment partie des tâches de la coopérative :

- l'information des membres sur tous les développements d'ordre politique et législatif qui revêtent une importance pour le sport équestre et le commerce de chevaux,
- la réglementation de l'importation de chevaux,
- la défense des causes des membres à l'égard des autorités fédérales et cantonales,
- le maintien de contacts avec des organisations alliées,
- la promotion de l'image de la profession.

La coopérative ne poursuit pas de buts lucratifs.

II. Qualité de membre

a) Entrée et sortie

Art. 2

Ne peuvent être membres (associés) que les firmes/sociétés ou individus qui exercent le commerce de chevaux à titre professionnel en Suisse, disposent d'écuries appropriées et qui ne sont pas déchus de leurs droits civiques.

Art. 3

L'acceptation en qualité de membre est décidée par l'administration sur la base d'une demande d'adhésion.

Art. 4

La qualité de membre s'éteint avec la sortie, le décès, la liquidation de la firme/société ou l'exclusion.

Art. 5

La sortie ne peut intervenir qu'à la fin d'une année civile moyennant avis sous pli recommandé adressé à l'administration, en respectant un délai de dénonciation de 3 mois.

Art. 6

L'administration décide de l'exclusion d'un membre. L'intéressé peut recourir contre une telle décision auprès de l'assemblée générale. Le recours doit être exercé dans un délai de 14 jours à compter de la réception de la décision d'exclusion.

L'exclusion peut être prononcée par l'administration pour de justes motifs. Sont notamment réputés telles l'atteinte aux intérêts de l'association, la non-exécution des obligations envers la coopérative ou la perte des conditions posées pour la qualité de membre.

L'associé exclu a la faculté d'en appeler au juge dans le délai de trois mois (article 846 CO).

Art. 7

Le membre quittant l'association ou celui qui en est exclu n'a aucun droit sur le patrimoine de la coopérative.

Art. 8

b) Droits et obligations des membres

Les membres sont tenus de se conformer aux dispositions statutaires et de veiller de bonne foi à la défense des intérêts sociaux (article 866 CO).

Art. 9

Les membres s'acquittent d'une contribution annuelle de membre.

Les contributions de membre sont fixées chaque année par l'assemblée générale pour l'année en cours. Le secrétariat perçoit les contributions de membre au courant du premier semestre.

Les nouveaux membres paient une redevance d'entrée unique, qui est fixée par l'administration compte tenu du patrimoine de la coopérative.

Toute responsabilité personnelle du membre est exclue; seul le patrimoine répond des obligations de la coopérative.

III. Organisation

Art. 10

Les organes de l'association sont :

- a) L'assemblée générale
- b) L'administration (comité)
- c) L'organe de révision

a) L'assemblée générale

Art. 11

L'assemblée générale ordinaire a lieu une fois par an, dans le délai de six mois à compter de la clôture de l'exercice.

Les assemblées extraordinaires sont convoquées par l'administration pour des affaires importantes. Sur demande écrite d'au moins 1/10 des membres, l'administration est tenue de fixer une assemblée générale extraordinaire. L'article 881 CO demeure réservé.

Art. 12

La convocation de l'assemblée générale a lieu par écrit, moyennant indication de l'ordre du jour. En cas de révision des statuts, la teneur essentielle des modifications proposées doit être communiquée. Les propositions émanant de cercles de membres concernant des affaires à porter à l'ordre du jour doivent parvenir par écrit au président de l'association, au moins trois jours avant l'assemblée générale.

La convocation à une assemblée générale ordinaire doit être remise à la poste au moins 10 jours avant la date de l'assemblée.

Art. 13

En cas de décision de l'assemblée générale, chaque associé présent a droit à une voix.

Art. 14

L'assemblée générale a le droit inaliénable :

1. De nommer l'administration, l'organe de révision et le président de l'association.
2. D'approuver le rapport annuel, les comptes annuels et les comptes d'exploitation ainsi que le bilan.
3. De donner décharge à l'administration.
4. De réviser les statuts.
5. De dissoudre la coopérative.
6. De statuer sur les recours formés contre la décision d'exclusion d'un membre (article 6).
7. De délibérer et de prendre une décision sur des objets qui sont réservés à l'assemblée générale par la loi ou les statuts et sur d'autres questions qui ne relèvent pas de la compétence de l'administration.
8. De décider de l'affectation de tout excédent de compte.

Art. 15

Les décisions sont prises à la majorité absolue des voix exprimées.

Les décisions selon chiffres 4 et 5 de l'article 14 nécessitent une majorité des deux tiers des voix exprimées.

Les articles 888 et 889 CO demeurent expressément réservés.

b) L'administration (comité)

Art. 16

L'administration se compose de 3 - 9 membres. Leur mandat est de 3 ans. Les divers membres de l'administration sont rééligibles à l'échéance de la durée de leur mandat. Des élections complémentaires pour remplacer des membres qui ont quitté l'administration ont lieu durant la période du mandat en cours.

Art. 17

Les affaires suivantes relèvent de la compétence de l'administration :

1. Représentation de la coopérative à l'extérieur et devant les tribunaux.
2. Application des statuts et des décisions de l'association.
3. Convocation de l'assemblée générale et préparation de l'ordre du jour.
4. Acceptation et exclusion des membres, fixation de la redevance d'entrée.
5. Etablissement du rapport annuel, du bilan et des comptes annuels.
6. Tenue des comptes et rédaction des procès-verbaux.
7. Médiation en cas de litiges entre des membres si l'un des membres partie au conflit la demande.
8. Décision sur l'assistance juridique en faveur de membres sur demande et fixation des coûts à mettre éventuellement à charge de la coopérative.

Les articles 902 et suivants CO demeurent formellement réservés.

Art. 18

L'administration doit être convoqué dès que des affaires existent, dont le règlement est nécessaire dans l'intérêt de l'association.

Art. 19

L'administration décide de l'octroi de la signature. En règle générale, le président ou le vice-président signent valablement à deux avec le secrétaire.

Art. 20

L'administration peut désigner un directeur qui gère les affaires courantes de l'administration et représente l'association envers les tiers.

c) L'organe de révision

Art. 21

L'assemblée générale ordinaire désigne pour une période maximale de 3 ans un réviseur agréé comme organe de révision (CO article 727c).

Moyennant le consentement de l'ensemble des associés, la société peut renoncer au contrôle restreint lorsque son effectif ne dépasse pas dix emplois à plein temps en moyenne annuelle. Lorsque les associés ont renoncé au contrôle restreint, cette renonciation est également valable les années qui suivent.

Chaque associé a toutefois le droit d'exiger un contrôle restreint au plus tard dix jours avant l'assemblée générale. Celle-ci doit alors élire l'organe de révision.

L'assemblée générale peut toutefois même dans le cas d'une renonciation à un contrôle restreint élire deux réviseurs, qui examinent les comptes de l'association et soumettent à l'assemblée générale un rapport. Ils ont le droit de consulter tous les documents disponible au secrétariat dans la mesure que ceux-ci sont pertinents pour l'examen et ne concernent pas des faits, qui ont été porté à l'attention du secrétariat confidentiellement par un des associés.

Dans tous les cas le secrétariat a le droit de demander un contrôle restreint.

Art. 22

L'organe de révision et dans le cas où l'assemblée générale a renoncé à un contrôle restreint les réviseurs soumettent à l'assemblée générale un rapport écrit et une proposition. A défaut d'un tel rapport, dite assemblée ne peut pas décider à propos des comptes annuels et du bilan.

Art. 23

L'organe de révision et les réviseurs n'ont pas le droit de divulguer à des membres individuels de la coopérative ou à des tiers des constatations qu'ils ont faites dans l'exercice de leur mandat.

L'organe de contrôle et les réviseurs doivent faire part à l'assemblée générale de leur constat d'éventuels manquements dans la gestion des affaires ou de la violation de dispositions légales ou statutaires.

IV. Communications

Art. 24

L'organe légal pour toutes publications et la feuille officielle suisse du commerce.

Les communications et convocations aux associés se font par écrit ou par courrier électronique.

L'administration est autorisée à désigner d'autres organes de publication.

Au plus tard 10 jours avant l'assemblée générale, les comptes annuels et les comptes d'exploitation ainsi que le bilan et le rapport de l'organe de révision respectivement des réviseurs doivent être déposés au siège de l'association afin que les membres puissent en prendre connaissance.

V. Dissolution et liquidation

Art. 25

En cas de dissolution de l'association, l'assemblée générale décide de l'affectation des avoirs. La répartition entre les membres de la coopérative est admise. La liquidation est exécutée par deux liquidateurs choisis par l'assemblée générale.

VI. Dispositions finales

Art. 26

L'association doit être inscrite à titre de coopérative au registre du commerce du canton de Berne.

Art. 27

Les présents statuts entrent immédiatement en vigueur au moment de leur approbation par l'assemblée générale. Ils remplacent les statuts dans leur version du 4 mai 2011.

La version allemande des statuts est déterminante.

Muri près Berne, le 21 mai 2014

Le président:

Beat Hodler

Le vice-président:

Ernst Voegeli